

## Annäherung von Bauern- und Ökoverband - Krüsken und Plagge einig bei GAP-Positionen

Der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) nähern sich in ihren agrarpolitischen Vorstellungen an. In einem Interview mit AGRA-EUROPE zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zeigen sich DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken und BÖLW-Vorstandsmitglied Jan Plagge in einer Reihe von Punkten einig. Dazu zählen die Beibehaltung eines starken EU-Agrarhaushalts, die Absage an einen EU-Naturschutzfonds, die Notwendigkeit einer Vereinfachung der GAP sowie eine größere Zielorientierung der Zahlungen. Unterschiedlich beurteilen beide den Anpassungsbedarf in der Ersten Säule.

Länderberichte 1

## Erleichterung über Grundsteuerurteil - DBV: Reform darf Landwirte nicht belasten

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuer ist im Agrarbereich überwiegend mit Erleichterung aufgenommen worden. Die Land- und Forstwirtschaft sei nicht von dem Urteil zur Einheitsbewertung betroffen, stellte DBV-Präsident Joachim Rukwied fest. Er warnte aber zugleich vor zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Land- und Forstwirtschaft im Zuge einer anstehenden Reform der Immobilienbewertung. Auch Gartenbaupräsident Jürgen Mertz sieht die Gefahr einer Verschiebung der Grundsteuerbelastung in Richtung der Betriebe. Nach der Entscheidung der Karlsruher Richter muss die Bewertung von Grundvermögen bis Ende 2019 neu geregelt werden. Bis 2014 gilt eine Übergangsfrist.

Länderberichte 27

## Klößner bekräftigt Bekenntnis zum Agrarexport - Handelshemmnisse abbauen

Ein erneut klares Bekenntnis zum Agrarexport hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner abgelegt. Bei einem Treffen mit dem Präsidium des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) bezeichnete sie die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für den Export als „unverändert wichtiges Ziel“ und „zentralen Bestandteil“ der Ressortarbeit. Dazu gehöre neben dem Abbau von Handelshemmnissen auch das ministerielle Exportförderprogramm. Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag angekündigte Ackerbaustrategie erklärte die Ressortchefin in der Deutschen Bauern Korrespondenz (dbk), dass diese einen breiten Ansatz verfolgen werde. Der Digitalisierung komme dabei eine Schlüsselrolle zu.

Länderberichte 19

## Mehr Transparenz bei Zulassungsverfahren

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für mehr Transparenz bei wissenschaftlichen Studien in Verbindung mit Zulassungen im Bereich Lebensmittelsicherheit und Pflanzenschutz vorgelegt. Die Brüsseler Behörde will künftig eigene Studien in Auftrag geben und zudem die Möglichkeiten für Bürger ausbauen, Zugriff auf genehmigungsrechtliche Informationen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu erhalten. Der Vorschlag sieht außerdem vor, Wissenschaftler in den Mitgliedstaaten stärker in die Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Laut dem Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, reagiert die Behörde mit dem Vorschlag auf die Sorgen der Bürger. EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis zufolge sollen die wissenschaftlichen Studien, mit denen ein Zulassungsantrag gestützt wird, unmittelbar einsehbar sein. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, begrüßte den Vorstoß. Indes hat die EU-Kommission auch ihren Entwurf für eine Richtlinie zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken in der Lebensmittelkette vorgelegt. Das Papier folgt in den meisten Punkten dem bereits bekanntgewordenen Entwurf und sieht unter anderem eine Zahlungsfrist von maximal 30 Tagen und ein Verbot nachträglicher, sachgrundloser Rabatte vor. EU-Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen verwies auf die ungleichen Verhandlungspositionen in der Lebensmittelkette und erklärte, die unfairen Handelspraktiken gefährdeten das wirtschaftliche Überleben einiger Akteure.

EU-Nachrichten 1 und 6